

DIE LINKE. Sachsen

4. Tagung des 14. Landesparteitages

C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages

C.2. Solidarität. Hier, in Europa!

Einreicher*innen: Cornelia Ernst, Anja Eichhorn, Antje Feiks, Jayne-Ann Igel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marika Tändler-Walenta, Mirko Schulze, Thomas Dudzak

Der Landesparteitag möge beschließen:

Solidarität. Hier, in Europa!

Altiero Spinelli, Kommunist und Gefangener auf der Insel Ventotene, schrieb 1944 das Manifest für ein Vereintes Europa:

„Heute suchen und begegnen sich zur Ausarbeitung der Zukunft all jene, die die Gründe der gegenwärtigen Krise der europäischen Kultur erkannt haben, und daher das Erbe, das untergegangen war, in Verkennung der zu erreichenden Ziele oder der zu benutzenden Mittel, all jener Bewegungen zur Erhebung der Menschheit antreten. Der Weg, der uns erwartet, wird weder bequem noch sicher sein. Wir müssen ihn jedoch beschreiten, und wir werden es tun!“

1 Es bringt nicht viel, darüber zu philosophieren, ob wir mehr oder weniger Europa bräuchten.
2 Worum es geht ist unser aller Leben. Es geht darum, das Gespenst der Armut zu vertreiben,
3 Menschen ihre Rechte und ihre Stimme wiederzugeben und Perspektiven zu schaffen, die
4 auch unseren Kindern und Kindeskindern ein Leben in Würde ermöglicht. Wir hören den
5 Geschichten der Älteren zu, die sich Sorgen machen über den Zusammenhalt der
6 Gesellschaft, die sich ängstigen vor dem Come-Back „alter Zeiten“. Wir hören denen zu, die
7 seit Jahren in Knochenjobs malochen und ohne die es all den Reichtum einiger weniger
8 überhaupt nicht gäbe. Und wir müssen auf die jungen Leute hören. Sie können sich ein
9 Zurück zur nationalen Begrenztheit nicht vorstellen. Sie sprechen meist nicht nur ihre
10 Heimatsprache und sie stört es, dass anderswo Menschen hungern oder im Meer ertrinken.
11 Ihre Freund*innen kommen aus Polen, England oder sind Geflüchtete aus Syrien. Sie führen
12 längst die Kämpfe dieses Jahrhunderts an, gegen rechten Geist und rechte Gewalt. Aus den
13 sozialen und freiheitlichen Kämpfen sind sie ebenso wenig wegzudenken, wie die vielen
14 Älteren, die sich im Uhrhustand leidenschaftlich und ehrenamtlich engagieren. Immer mehr
15 Menschen erkennen, dass da etwas nicht stimmt in Gesellschaft und Staat, das bessere
16 Löhne nötig sind, um menschenwürdig zu leben und statt Spardiktaten auf Kosten aller
17 Steuergesetze nötig wären, die die Reichen in die Verantwortung nehmen. Viele sind der
18 Meinung, dass Geld für Bildung statt für Waffen ausgegeben werden sollte. Und immer mehr
19 Menschen stören sich an grundrechtsverletzenden Polizeigesetzen, zunehmender
20 Überwachung und kämpfen stattdessen für ein freies Internet.

21 Ja, es geht um alles. Um diesen Kontinent, der unter anwachsendem Nationalismus und
22 chauvinistischer Verachtung ächzt. Das erinnert uns daran, dass Geschichte sich eben doch

DIE LINKE. Sachsen

4. Tagung des 14. Landesparteitages

23 wiederholen kann. Manchmal ist es, als hätte das Nachkriegseuropa den roten Faden
24 verloren.

25 Es geht wirklich um alles. Es geht darum, wie unser Leben künftig aussehen soll. Deshalb
26 müssen wir klarziehen, dass das Übel aller Probleme nicht die Unterschiedlichkeit der
27 Herkunft von Menschen ist, sondern immer noch der Widerspruch zwischen Kapital und
28 Arbeit, zwischen Reich und Arm. Dort politische Konzepte anzusetzen und Lösungen zu
29 entwickeln, ist die historische Aufgabe der Linken.

30 1. Wir als ostdeutsche Linke bringen uns ein, um dieses Europa gerechter zu gestalten

31 Wir haben unsere Traditionen, nicht weil wir nostalgisch sind, sondern weil wir in unseren
32 Dörfern, Städten und Regionen zuhause sind, die Menschen kennen, die die regionalen
33 Eigenheiten schätzen und weiterführen, in den Dörfern der Lausitz, im Erzgebirge oder in
34 Torgau. Zugleich kämpfen wir engagiert dafür, dass die klugen Köpfe der Bürger*innen für die
35 nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung aktiv genutzt werden. EU-Mittel müssen in die
36 Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft fließen, die unsere Zukunft entscheiden werden. Wir
37 stehen dazu, dass die ärmsten Regionen in der EU die meiste Förderung in der EU erhalten
38 müssen, aber wir sehen auch, dass für die Mehrheit der ostdeutschen Regionen eine
39 umfassende EU-Förderung noch längere Zeit notwendig ist. Dazu bündeln wir uns mit den
40 anderen ostdeutschen Interessenvertretungen, aber auch mit ähnlichen Regionen in Spanien,
41 Frankreich und Italien, deren Entwicklungsstand ähnlich dem ostdeutschen ist.
42 DIE LINKE. ist nicht nur eine starke ostdeutsche Interessenvertreterin, auf die sich die
43 Bürger*innen auch weiterhin verlassen können. Wir bringen Erfahrungen ein, die für Europas
44 Entwicklung bedeutsam sind. Das sind die teilweise äußerst problematischen
45 Transformationserfahrungen nach der Wende 1989. Zwei Drittel aller Ostdeutschen haben
46 nach 1989 ihr Berufsleben über Nacht völlig auf den Kopf stellen müssen, über 20% von ihnen
47 wurden arbeitslos, mussten sich neue Existenzen unter schwersten Bedingungen erkämpfen.
48 Die Sorge um das Morgen, um die Kinder und die zahlreichen Transformationsfehler der
49 Wende haben sehr viele am eigenen Leibe erfahren. Der Strukturwandel erfolgte vor allem auf
50 dem Rücken von uns einfachen Leuten. Diese ganz spezifische Gleichzeitigkeit von Altem und
51 Neuen in der Gesellschaft sowie der Zwang, plötzlich neue Wege gehen zu müssen, davon
52 können viele Menschen aus eigener Erfahrung sprechen. Und andere Regionen Europas
53 können daraus lernen und hoffentlich vieles besser machen.

54 2. Wir wollen das Wohlstandsgefälle in der EU beseitigen

55 Die Länder der EU sind das reichste Territorium dieser Welt und doch leben 120 Mio.
56 Menschen in tiefer Armut, nicht nur in Ostpolen oder in Bulgarien - auch bei uns leben
57 Menschen ohne eigene Wohnung. Sie kämpfen täglich darum, über die Runden zu kommen.
58 Deshalb treten wir dafür ein, dass die EU endlich ein Armutsbekämpfungsprogramm auf den
59 Weg bringt, wo regionale und europäische Anstrengungen zusammengeführt werden. Soziale
60 Politik für alle, die in Europa leben, muss durch konkrete Maßnahmenpakete im mehrjährigen
61 Finanzrahmen unterstützt werden. Besonders Ältere und auch Alleinerziehende müssen sich
62 um die alltäglichen Dinge sorgen. Wir alle leiden unter Mängeln der Infrastruktur: Bahnhöfe
63 und Krankenhäuser gehen und das schnelle Internet kommt nicht. Die Europäische Union

DIE LINKE. Sachsen

4. Tagung des 14. Landesparteitages

64 braucht eine andere Tonart. Privatisierung von Wasser, Rentensystemen und der
65 Daseinsvorsorge gehören freilich nicht dazu. Wer soziale Politik will, darf sie nicht privaten
66 Profitinteressen überlassen.

67 Wer soziale Politik will, muss mit Spardiktaten aufhören, wie sie Griechenland acht Jahre lang
68 ertragen musste. Die Politik der Troika hat dazu geführt, dass Millionen Menschen in
69 Griechenland, aber auch Spanien und Portugal verarmt sind. Nutznießer der „Hilfspakete“
70 waren ausschließlich Banken, bei den Menschen in diesen Staaten ist nichts davon
71 angekommen. Für uns ist klar: Eine solche Politik zerstört die Europäische Union und opfert
72 die Idee der Solidarität. Eine solche Politik, die das Wohlstandsgefälle innerhalb der EU weiter
73 auseinandertreibt, zerstört auch das Zusammenleben der Menschen.

74 Das Wohlstandsgefälle beseitigen verlangt auch eine andere Politik in den vom
75 Strukturwandel betroffenen Regionen. Diese bedürfen nicht nur guter Worte, sondern größter
76 Energien. Wir setzen uns in Sachsen und auf europäischer Ebene dafür ein, dass Regionen wie
77 die Lausitz in den Focus der Regional- und Strukturförderung kommen. Wir kämpfen für mehr
78 Eigenständigkeit für die Entscheidungen vor Ort und gegen bürokratische Bevormundung. Wir
79 setzen uns ein für ganzheitliche Konzepte zur Strukturförderung, die auf stärkere
80 Gemeinsamkeiten der betroffenen Regionen basieren und nicht eitles Gutshofdenken
81 konservieren. Nur wenn die Menschen, die in den Regionen leben, einen gemeinsamen Plan
82 entwickeln, können mittel- und langfristige Perspektiven entstehen.

83 3. Wir wollen in einer gesunden Umwelt leben

84 Eine gesunde Umwelt beginnt in den Städten, wo die Abgase keine Menschen mehr krank
85 machen, und in den ländlichen Regionen, wo die Agrarproduktion ihren Frieden mit Bienen
86 schließt und Massentierhaltung abgeschafft ist. Kleinen Korrekturen reichen nicht – auch
87 nicht bei der Energieversorgung. Es muss umgesteuert werden – hin zu erneuerbaren
88 Energien als die Energieform der Zukunft. Dafür gibt es in Sachsen gute Voraussetzungen.
89 Deshalb setzen wir uns für eine Energiewende ein, die zur Bekämpfung des Klimawandels
90 nicht nur beiträgt, sondern ihn stoppt. Wir müssen weg von der Kohle, ohne die
91 Lebensleistung der Arbeiter*innen zu diskreditieren. Die Konzerne haben jahrelang Gewinne
92 erwirtschaftet und tragen die Verantwortung für die Beschäftigten, die wir ihrem Kampf
93 ebenso unterstützen, wie die Klimabewegung. Wir unterstützen auch die Sammelklagen
94 gegen die Autokonzerne, die jahrelang die Verbraucher belogen und Unsummen dafür
95 eingesteckt haben. Die Alternativen zu Diesel und Benzin liegen auf dem Tisch. Es stünde
96 Sachsen gut zu Gesicht, Vorreiter*in dafür zu werden!

97 Wir wollen außerdem eine schrittweise Umstrukturierung der Landwirtschaft, die großen
98 Agrargesellschaften müssen sich dem stellen. Außerdem gilt es, Spekulationen mit
99 Nahrungsgütern endlich zu beenden. Wir wollen nicht, dass Bioabfälle und der Schrott
100 Europas in afrikanischen Staaten ankommt, deren Umwelt verwüsten und wirtschaftliche
101 Grundlagen zerstören. Mit halben Sachen geben wir uns nicht zufrieden. Deshalb muss
102 Schluss sein mit den unsäglichen Plasteabfällen, die unsere Haushalte belasten, Meere und
103 Halden zumüllen. Entsprechende EU-weite Verbote unterstützen wir.

DIE LINKE. Sachsen

4. Tagung des 14. Landesparteitages

104 4. Wir engagieren uns für ein selbstbestimmtes Leben

105 Die Europäische Union hat in den 80er und 90er Jahren zu Geschlechtergleichstellung und
106 Wahrung anderer zentraler Menschenrechte beigetragen. Wir rufen alle auf, ein konservatives
107 Roll-Back zu den alten Geschlechterrollen energisch zu bekämpfen! Wir tolerieren es nicht,
108 dass Frauen weniger verdienen als Männer. Gerade Deutschland gehört hier zu den
109 schlimmsten Sündern. Wir verschließen nicht die Augen vor der Abschaffung der
110 körperlichen Selbstbestimmungsrechte der Frauen z. B. in Polen oder der Drangsalierung von
111 LGBTTIQ* in vielen Teilen Europas. Wir arbeiten grenzübergreifend zusammen mit
112 Aktivist*innen aus unseren Nachbarländern für die Akzeptanz von Vielfalt und gegen jede
113 Form von Verachtung gegenüber Menschen. Eine freie Gesellschaft kann es nur geben, wenn
114 auch die Menschen, die in ihr leben, frei sind. Und dass wir Menschen unterschiedlich sein
115 können, ist die Voraussetzung dafür, dass wir frei sind. Jedes Recht, dass wir anderen
116 absprechen macht unsere eigenen Rechte angreifbar. Unsere Gesellschaft muss in allen
117 Bereichen barrierefrei werden. Davon profitieren wir, jede und jeder, spätestens wenn wir
118 selbst alt sind. Wir fordern die sächsische Regierung auf, endlich den EU-Richtlinien zur
119 Barrierefreiheit zu entsprechen und alle öffentlichen Gebäude entsprechend auszustatten.

120 5. Wir streiten für ein faires Miteinander von Einheimischen und Ankommenden

121 Wir erinnern daran, dass dieses Land von vielen Menschen gemeinsam aufgebaut wurde, im
122 Westen auch mit türkischen, italienischen und jugoslawischen Arbeiter*innen und bei uns in
123 Ostdeutschland mit Menschen aus Vietnam, Mosambik und anderen Ländern. Wir als LINKE.
124 wollen, dass das nicht vergessen wird. Wir wollen, dass unsere Städte und Dörfer als Orte der
125 Freundschaft in aller Munde sind. Als Orte, in denen sich alle wohl fühlen können. Schenken
126 wird uns das niemand – deshalb brauchen wir den Dialog und die Hilfe zur Integration und
127 zum besseren Verständnis. Polizei und Justiz können dies nicht stellvertretend für uns. Sie
128 können und müssen in Krisensituationen und bei Kriminalität allerdings eingreifen. Sie
129 müssen gleichfalls dafür sorgen, dass das Zeigen rassistischer und faschistischer Symbole
130 und Abbrennen von Asylunterkünften in gleicher Härte verfolgt wird. Uns ist klar, dass es für
131 soziale Prozesse keine Garantie und kein Rezept gibt, mit dem man Probleme wegzaubern
132 kann. Um sich gemeinsam besser einzufinden, sind deutlich mehr Sozialarbeiter*innen nötig,
133 Integrationsmaßnahmen, Wohnungen, Kitas, Jobs und Ausbildungsplätze für Migrant*innen.
134 Und wir selbst sind dafür nötig, denn Integration ist keine Einbahnstraße. Menschen sollen
135 sich nicht „assimilieren“ müssen, sondern in unserer Gesellschaft Wertschätzung erfahren.
136 Nazi-Parolen und Angriffe auf Migrant*innen oder die Bedrohung von Frauen, die ein Kopftuch
137 tragen, sind das Gegenteil einer Lösung. DIE LINKE. kämpft auf allen Ebenen, auf den Straßen
138 und in den Parlamenten gegen jede, wirklich jede Form von Ausgrenzung und Spaltung! Auf
139 europäischer und Landesebene treten wir für ein wirksames Integrationsgesetz ein! Dazu
140 suchen wir den Dialog mit der Zivilgesellschaft unserer Nachbarstaaten, denn Integration darf
141 nicht an der Binnengrenze enden. Zur offenen Gesellschaft gibt es keine erstrebenswerte
142 Alternative.

143 6. Für uns gibt es kein Zurück zu geschlossenen Grenzen

144 Gerade wir in Sachsen wissen doch, was es heißt vor geschlossenen Grenzen zu stehen. Viele
145 DDR-Bürger*innen haben sich ihr Leben lang für offene Grenzen eingesetzt. Freizügigkeit ist

DIE LINKE. Sachsen

4. Tagung des 14. Landesparteitages

146 kein Geschenk, sondern ein erkämpftes Recht, das wir nicht wieder preisgeben dürfen. Seit
147 der Wende wurden enge Bande zu polnischen und tschechischen Gemeinden geknüpft, wurde
148 gemeinsame grenzüberschreitende Infrastruktur geschaffen. Das wollen wir ausbauen:
149 Internationale Schulen, Sprachkurse, die Anerkennung von Berufsabschlüssen europaweit.
150 Wir wollen, dass die EU-Mittel dafür weiterhin für INTERREG-Regionen zur Verfügung stehen.

151 Wir erinnern aber auch daran, dass nach dem 2. Weltkrieg mehr als 40 Millionen Menschen in
152 allen Teilen Europas Zuflucht suchten, allein 14 Millionen in ganz Deutschland. Offene
153 Grenzen muss es weiterhin auch für Menschen in Not geben. Deshalb sind wir stolz, dass die
154 Dresdner „Mission Lifeline“ Menschenleben auf dem Mittelmeer gerettet hat und wir wenden
155 uns gegen jede Kriminalisierung von Lebensretter*innen. Wir streiten für ein humanistisches
156 Asylrecht in Europa, das alle Mitgliedsstaaten zur Beteiligung in die Pflicht nimmt und faire
157 Asylverfahren gewährt. Sowohl geschlossene Lager in Afrika als auch „Ankerzentren“ lehnen
158 wir ab – und hilfreich sind sie im Übrigen auch nicht. Das individuelle Recht auf Asyl, schwer
159 erkämpft unter den blutigen Erfahrungen des 2. Weltkrieges, verteidigen wir! Mit allen
160 demokratischen Kräften arbeiten wir dafür zusammen!

7. Wir kämpfen für mehr Demokratie in Sachsen und Europa

162 Für viele Bürger*innen ist die Europäische Union wie eine Art Black-Box. Die Regierungen im
163 Europäischen Rat agieren wie Götter im Olymp. Sie treten die Rechte des Europaparlamentes
164 mit Füßen, indem sie Verhandlungen blockieren, das Parlament umgehen, indem
165 Einzelverträge abgeschlossen werden zu Themen, die im Parlament keine Mehrheit finden.
166 Die Zerrissenheit der Union dokumentiert sich am deutlichen an diesem Ort, wo
167 Nationalismus und Egoismus Einzug gehalten haben. Deshalb ist es wichtig, das
168 Europaparlament in seinen Rechten zulasten des Rates zu stärken. Beispielweise muss es die
169 Hoheit über den EU-Haushalt haben, ein Gesetzesvorschlagsrecht bekommen und starke
170 Minderheitenrechte erhalten, sodass der Gang vor den Europäischen Gerichtshof erleichtert
171 wird. Damit das nationale Klein-Klein ein Ende hat, aber auch, damit sich die einfachen
172 Menschen, Arbeiter*innen, Angestellten, Solo-Selbstständigen und Arbeitslosen die Hände
173 reichen und sich gemeinsam zusammenschließen und erheben können, braucht es echte
174 europäische Parteien und nicht zuletzt eine starke europäische Linke.

175 Die Bürger*innen müssen ganz klar wissen, wo was entschieden wird und viel stärker daran
176 beteiligt werden. Direkte Demokratie, verbindliche Bürgerentscheide, aber auch das Einholen
177 von Meinungen, Vorschlägen muss auf einer neuen Stufe vertraglich geregelt werden. Ein
178 Bürger*innenkonvent als ständige Einrichtung könnte dazu beitragen. Und wir brauchen
179 unbedingt europäische Medien, Medien, die nicht nur über Frau Merkels oder Herrn
180 Seehofers Brüsseler Ausflüge berichten und vielleicht noch Herrn Juncker ins Bild setzen. Wir
181 brauchen ein besseres Abbild davon, was auf europäischer Ebene wirklich geschieht, wie
182 Politik dort abläuft und wo sich die Bürger*innen einschalten müssen.

8. Wir setzen uns für mehr Mitbestimmung in den Kommunen ein

184 Kommunen und Regionen profitieren in vielfältiger Weise von speziellen Förderprogrammen
185 der EU. So gibt es Fördertöpfe, um z.B. den kommunalen Städtebau zu unterstützen, den

DIE LINKE. Sachsen

4. Tagung des 14. Landesparteitages

186 Ausbau der Infrastruktur, des öffentlichen Nahverkehrs, der Energieversorgung. Es gibt
187 Beihilfen für Regionen, mit denen strukturelle Benachteiligungen vor Ort beseitigt werden
188 können. Über Förderfonds wie dem Europäischen Sozialfonds (ESF) können etwa soziale
189 Projekte Unterstützung erfahren, die der Armutsbekämpfung auf lokaler Ebene dienen, der
190 Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben. Auf der anderen Seite wird ein großer Teil der EU-
191 Regelungen mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Kommunen (etwa hinsichtlich
192 Haushaltsrecht, die Ausschreibungspflicht für öffentliche Daseinsvorsorge und
193 Dienstleistungen, Umweltschutz, Kommunalwahlrecht ...) ohne direkte Beteiligung von
194 Vertreter*innen der Kommunen beschlossen. Hier bedarf es der Vertretung kommunaler
195 Interessen durch ein eigenes „Organ“, das nicht nur informell, sondern über ein
196 Mitspracherecht an der Erarbeitung verbindlicher Rechtsakte und Regelungen der EU beteiligt
197 ist. Als einen sinnvollen Schritt in diese Richtung betrachten wir die Stärkung des
198 Ausschusses der Regionen als wichtiges Vertretungsgremium der Kommunen.

199 Als problematisch für eine selbstbestimmte Entwicklung von Kommunen sehen wir auch, dass
200 zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge wie etwa Wasser, Müllentsorgung, Energie von der EU
201 und ihren Mitgliedsstaaten als „normale Waren“ definiert und so in den Binnenmarkt integriert
202 werden, statt sie als besondere Güter und öffentliche Aufgaben zu betrachten und zu
203 bewahren.

204 EU-Regeln der Haushaltsführung, die sich am Prinzip der Kostendeckung orientieren, erlauben
205 es den Kommunen nicht, quer zu subventionieren, etwa Mehreinnahmen aus einem Posten im
206 Haushalt auf einen anderen Bereich wie z.B. Kultur oder Aufgaben der öffentlichen
207 Daseinsvorsorge zu übertragen. Dabei sollte es doch der Gesetzgebung auf europäischer (wie
208 auf Bundes-, und Landes-) Ebene darum gehen, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen,
209 dass vieles von und in den Kommunen selbst entschieden werden kann und die Bürger*innen
210 ermächtigt werden, über die Entwicklung ihres Lebensumfeldes mitzubestimmen.
211 Die Förderung der Vernetzung und des partnerschaftlichen Miteinanders zwischen Regionen
212 und Kommunen, sowie eine intensivere Einbeziehung regionaler und kommunaler Belange in
213 europäische Politik sind im Sinne eines Europas der Regionen unabdingbar.

214 9. Die Jugend in Europa soll die Zukunft mitgestalten

215 Es gibt in der Europäischen Union mehr als 70 Millionen junge Europäer*innen zwischen 15
216 und 25 Jahren. Entwicklungen auf der europäischen Ebene beeinflussen das Leben von
217 jungen Menschen maßgeblich, indem sie einerseits neue Chancen aber auch neue Risiken
218 und Probleme mit sich bringen. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise haben z.B. zu
219 massiven Problemen und extrem hoher Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen in vielen Ländern
220 des europäischen Südens geführt. Ländliche Regionen in Polen haben mit gleichen
221 Herausforderungen wie ostdeutsche Regionen zu kämpfen: nicht nur wird die Infrastruktur
222 Schritt für Schritt zurückgebaut, auch zieht es viele jungen Leute in Großstädte, wo sie auf
223 bessere Ausbildungsmöglichkeiten und Jobs hoffen. Weil diese Probleme sich in vielerlei
224 Hinsicht ähneln, bietet es sich an, diese über Grenzen hinweg gemeinsam anzupacken. Es
225 müssen mehr Perspektiven für Jugendliche in Sachsen und überall in Europa, in der Stadt und
226 auf dem Land, geschaffen werden. Dazu gehören attraktive und lebenswerte ländliche Räume,
227 mehr Jugendangebote, mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze und ein aktives (sub)kulturelles

DIE LINKE. Sachsen

4. Tagung des 14. Landesparteitages

228 Leben. Die EU-Mitgliedsstaaten sollten bei jugendpolitischen Fragen viel stärker
229 zusammenarbeiten. Der Bildungsbereich ist ein hervorragendes Beispiel, das aufzeigt, das
230 hier mehr Zusammenarbeit von Nöten ist. Wer schon mal ein Semester im Ausland studiert
231 hat, weiß wie schwer es ist sich die im Ausland erbrachten Leistungen an der eigenen
232 Hochschule anerkennen zu lassen. Diese bürokratischen Hürden müssen nicht sein und
233 gehören abgebaut. Stattdessen brauchen es europaweit gleichen Zugang zu
234 Bildungseinrichtungen, mehr europäische Austausch- und Stipendienprogramme – und das
235 nicht nur für Student*innen. Es braucht außerdem eine bessere Anerkennung von im Ausland
236 erworbenen Berufs- und Bildungsabschlüssen. Das Programm Erasmus soll gestärkt und
237 Angebote zu Praktika in Europa sollten weiter ausgebaut werden. Mehrsprachige Ausbildung
238 an Schulen sollte selbstverständlich sein, und gerade in Sachsen bieten sich Polnisch und
239 Tschechisch als weitere Fremdsprachen an und sollten daher gefördert werden. Weil sie im
240 Europa von Morgen leben werden, müssen Jugendliche an der Gestaltung der europäischen
241 Politik teilhaben und ein stärkeres Mitspracherecht in Bezug auf ihr Leben betreffende
242 europäische Entscheidungen erhalten, z. B. in einem europäischen Jugendparlament. Für viele
243 sächsische Jugendliche sind offene Grenzen und ein Wochenendtrip nach Prag oder Warschau
244 eine Selbstverständlichkeit. Damit das nicht nur ein Privileg einiger Wenigen mit genug Geld
245 bleibt, sondern sich zu einer Selbstverständlichkeit für alle jungen Menschen in Sachsen
246 entwickelt, brauchen wir ein kostenfreies Europaticket für Schüler*innen, Azubis und
247 Studierende, mit dem sie kostenfrei in unsere Nachbarländer reisen können. Das ÖPNV-Netz
248 zwischen Sachsen, Polen und Tschechien sollte stärker ausgebaut werden.

249 10. Wir treten dafür ein, dass unsere Daten sicher sind

250 Die neue Datenschutzgrundverordnung und die Richtlinie für Polizei und Justiz sind so etwas
251 wie die Straßenverkehrsordnung in der digitalen Welt, die alle Bereiche unseres Lebens
252 berührt und seit Jahren verändert. Die Europäische Union hat damit eine Grundlage
253 geschaffen, mit der die Menschen über die eigenen Daten entscheiden können. Daten sind
254 mehr als das Öl des 21. Jahrhunderts, sie sind faktisch unerschöpflich – und sie sind unser
255 Eigentum. Doch sie sind auch Gegenstand von Manipulation und Einfallstor zur Ausspähung
256 ganzer Generationen von Menschen. „In der falschen Datei gelandet“ kann das verheerende
257 Konsequenzen für Menschen haben, für ihren Job, ihr tiefstes Privatleben. Wir wollen auch
258 nicht, dass unsere Daten weltweiten Geheimdiensten frei Haus geliefert werden und diese
259 damit machen können, was sie wollen. Deshalb setzen wir uns für die Umsetzung der
260 beschlossenen EU-Gesetze und für starke Aufsichtsgremien, wie die Datenschutzbeauftragten
261 ein und sagen Facebook und Co.: „Solange ihr Menschen dazu zwingt, zutiefst persönliche
262 und mehr Daten als nötig abzuliefern, solange werdet ihr Ärger mit uns bekommen und die
263 nächste Klage vor dem EUGH ist schon vorbereitet!“.

264 Wir haben zugleich Misstrauen gegenüber neuen Datenbanken, die Datensysteme mit vielen
265 Millionen Daten auf europäischer Ebene zusammenführen und damit anfällig sind für
266 Fehlentscheidungen. Wir wollen keinen Überwachungsstaat, weder auf europäischer Ebene,
267 noch zuhause vor Ort, wo man mit mehr Videoüberwachung kriminelle Handlungen auch nicht
268 verhindern kann.

DIE LINKE. Sachsen

4. Tagung des 14. Landesparteitages

269 **11. Wir wollen, dass alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben können**

270 Sachsen mit seiner geografischen Lage im Länderdreieck bietet herausragende Möglichkeiten
271 zu überregionalen kulturellen Beziehungen und Projekten mit Polen und Tschechien. Diese
272 sollen in grenznahen Regionen und auch darüber hinaus intensiviert werden.
273 Grenzübergreifende kulturelle Beziehungen bedeuten nicht nur Hochkultur, sondern auch
274 Sub- und Jugendkultur. Konzerte und Festivals können Orte der Begegnung und Austausches
275 mit unseren Nachbar*innen sein. Ostdeutschland, Polen und Tschechien teilen darüber
276 hinaus auch die Erfahrung der postsozialistischen Transformation und des Strukturwandels,
277 weshalb sich sowohl in Sachsen als auch bei unseren Nachbarn viele leerstehende Fabriken
278 und Industriegelände finden. Statt diese weiter verfallen zu lassen, können hier
279 unkonventionelle Wege gegangen werden. Die alten Industriebrachen können für
280 Künstler*innen und Kulturschaffende aller drei Länder freigegeben werden, um diese mit
281 neuem Leben zu füllen, was auch den ehemaligen Industriezentren zum erneuten Aufblühen
282 verhilft. Es gibt einige EU-Fördertöpfe für kulturelle Projekte. Das Wissen um diese ist jedoch
283 häufig schwer zugänglich. Daher sollen die verfügbaren Fördermittel für kulturelle Projekte
284 transparent gemacht sowie Beratungsmöglichkeiten für einzelne Kulturschaffende, Kreative,
285 Künstler*innen sowie Künstler*innenkollektive angeboten werden. Alle Menschen sollen am
286 kulturellen Leben teilhaben können. Wir fordern kostenlosen Zugang zu Kultureinrichtungen
287 wie Theater, Museen, Musik- und Konzertveranstaltungen.

288 **Wir wollen ein Europa der Menschen und der Solidarität!**

289 Für uns ist Europa ein Projekt der Solidarität, ein Projekt selbstbewusster Bürger*innen, die
290 ihre eigene Demokratie gestalten. Dazu gehört auch, die Vielfalt der Kulturen, der Sprachen,
291 der Lebensstile, der Träume und Visionen, die sonst nur Reisende erleben können, als
292 dauerhafte Stärke dieses Kontinents anzuerkennen. Was wir in Sachsen haben, bringen wir
293 ein und lernen Neues. Wir lassen uns nicht davon abbringen, Gemeinsames für diesen
294 Kontinent zu entwickeln, nach vorn zu treiben, zu erstreiten. Freiheit in Gleichheit, Wohlfahrt,
295 Rechtsstaatlichkeit und starke Grundrechte sollen dafür ebenso Grundlage sein, wie ein
296 demokratischer Aufbruch in Europa. Wir wollen kein Europa des Kapitals, sondern eines für
297 uns Menschen. Für ein solches Europa kämpfen wir, scheinbar gegen den Mainstream und
298 doch mit Mehrheiten. Unsere Vision ist nicht die nationale Grenzstation. Denn es geht nicht
299 um Nationen, sondern um Menschen. Unser Ideal ist auch ein Europa der Regionen und der
300 alte Traum einer sozialen Republik, in alle Menschen frei sein können. Frei von Armut, frei von
301 Gewalt und frei, das eigene Zusammenleben demokratisch zu gestalten. Hier, in Europa.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____